

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 26. April 2021

**Dossier Nr 7456, «Tagesschau», «Corona-Demonstration in Liestal BL»
vom 20. März 2021 und «10vor10» vom 25. März 2021**

Sehr geehrter Herr X

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 26. März 2021, worin Sie obige Sendungen wie folgt beanstanden:

«Immer wenn man denkt das SRF hat ihren absoluten Tiefpunkt an Qualität, Vielseitigkeit und Unabhängigkeit erreicht, holen Sie wieder zur nächsten Peinlichkeit aus.

Die Berichterstattung über die Coronademo in Liestal war durchgehend kritisch und negativ! Vielseitig kein Thema. Ma. soll sich auch kritisch damit befassen umbedingt, aber zwischen kritischer Berichterstattung und billigen Boulevardjournalismus auf tiefstem nievau das reine Staatshörige Propagand ist, gibt es ein gewaltiger Unterschied.

Das SRF berichtet in der Tagesschau über die Demo und im Anschluss folgt ein Interview mit einem Geisteswissenschaftler über Verschwörungstheorien und die Demo. Vielseitig? nein, natürlich fehlt ein Interviewpartner der anderen Meinung. Soviel zum Thema vielseitigkeit.

Natürlich dürfen auch die Linksrünen Journalisten fernab von Fakten Verschwörungstheorien verbreiten. Wie Sandro Brotz spricht er ja davon, dass solche Demos Superspreaderevents seien. Auf Belege oder Quellen warte ich trotz zweimaliger Aufforderung vergebens. Natürlich genügt auch eine Fahne um sämtliche Demonstranten in die Verschwörungstheoretiker-Ecke zustellen. Natürlich war Herr Brotz als höriger Staatspropagandist nicht an der Demo und urteilt über die Entfernung über die Demonstrationen. Ein absolutes Nogo als Journalist aber Herzlich erwünscht als höriger Staatspropagandinst. Behauptungen aufstellen, diffamieren aber quellen und belege fehlanzeige.

Dann paar Tage später folgt die Noliestal Aktion. Hier wird natürlich sofort und zigfach wohlwollend berichtet. Es wird auch Behauptet dass diese Aktion von zwei unabhängigen Personen initiiert wurde. Leider ging die Stiftung Campax komplett vergessen. Entweder lausig recherchiert, gar nicht recherchiert oder gekonnt verschwiegen!

Weiter werden in den Berichten ebenfalls Verschwörungstheorien von den Initianten und Teilnehmer verbreitet ohne diese kritisch zu hinterfragen. Natürlich sind Schlagwörter wie braunes Gedankengut und Verschwörungstheorie ein gefundenes Fressen für die hörigen Staatspropagandisten des SRF. Belege oder Quellen zu diesen Behauptungen braucht natürlich nicht. So wird behauptet, dass diese Demos von rechten Gedankengut geprägt ist, Gibt es hierfür eine entsprechende Studie oder irgendwelche Belege. Weiter wird behauptet die Teilnehmer der Demos leugnen die Wissenschaft und die empirischen Daten. Natürlich werden auch hier keine Quellen von solche. Wissenschaftlichen Studien oder empirischen Daten geliefert oder von den hörigen STAATSPROPAGANDISSTEN des SRF nachgefragt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich warte bis heute auf wissenschaftliche Belege oder evidenzbasierten Daten die die Massnahmen rechtfertigen. Leider verpassen es die hörigen Staatspropagandisten des SRF bei jeder Pressekonferenz nach diesen Daten zu fragen sondern man verbreitet wohlwollend die Kunde des Bundesrates.

Das SRF verdreht die Fakten mit Biegen und Brechen und verschweigt wichtige wissenschaftliche Studien oder Erkenntnisse wie aktuell zu Texas oder Florida. Es ist eine Schande für einen solchen billigen Boulevardjournalismus sogar noch bezahlen zu müssen.

Das SRF und die abhängige vom SRF finanzierte Ombudsstelle verstösst täglich gegen die in der Bundesverfassung niedergeschriebenen Worte und tritt diese somit mit Füßen.

die Personen auf den Demonstrationen machen auf die Verletzungen der Bundesverfassung aufmerksam und hinterfragen die Massnahmen kritisch. Sie machen also genau das wofür das SRF Milliarden erhält. Eine Schande ist es. Und dann wird man als Demoteilnehmer noch von den arroganten und hochnäsigen SRF Propagandisten beleidigt und in die rechte verschwörungstheoretiker ecke gestellt. Eine bodenlose Frechheit, wor machen nur Die Arbeit für die Sie Milliarden erhalten und nicht tun. sie tun genau das Gegenteil, sie spalten, hetzen und desinformieren. Der stürmer wäre stolz darauf.»

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

Schlagzeile

Die Schlagzeile zu Beginn der Sendung ist absolut sachlich formuliert; sie fasst das Ereignis zusammen: "Gegen Corona-Massnahmen - Bei der grössten Demonstration dieser Art in der Schweiz seit Pandemie-Beginn gehen Tausende in Liestal auf die Strasse."

Die Demonstration richtet sich gegen die Corona-Massnahmen der Behörden, es ist die bislang grösste Demonstration in diesem Zusammenhang seit dem Beginn der Pandemie in der Schweiz und der Massnahmen im März 2020, es sind Tausende auf der Strasse. Die Schlagzeile gibt nicht nur den Inhalt, sondern auch die Tonalität der folgenden Berichterstattung wieder. Es werden in knappen Worten die Fakten vermittelt. Der nachfolgende Beitrag aus Liestal und das Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Marko Kovic berichtet dann über die Demonstration und vertieft diese in einem Interview.

Beitrag aus Liestal

Die Anmoderation zum ersten Beitrag, zur Berichterstattung über die Demonstration in Liestal ist analog der Schlagzeile sachlich gehalten. Sie ordnet die Demonstration in den zeitlichen Ablauf der bundesrätlichen Entscheidungen ein. Sie spricht klar von einer bewilligten Demonstration, aber auch von der Tatsache, dass sich eine Vielzahl der Teilnehmenden nicht an die Auflage der Maskenpflicht gehalten hat. Diese Auflage war Teil der Bewilligung und damit für die Berichterstattung relevant. *"Einen Tag nach der bundesrätlichen Verkündung der Nicht-Lockerung der Corona-Massnahmen, hat in Liestal, im Kanton Basellandschaft, eine bewilligte Demonstration gegen eben diese Massnahmen stattgefunden. Es war die bisher grösste Kundgebung seit Pandemie-Beginn und Einführung von Massnahmen. Die Polizei spricht von bis zu 6'000 Teilnehmenden. Offenbar hielt sich eine Vielzahl von ihnen nicht an die Maskenpflicht."* Die Moderation von Florian Inhauser ist sachgerecht.

Der Filmbeitrag beginnt mit dem Protestzug des Vereins "Stiller Protest". Es wird darauf hingewiesen, dass die Teilnehmenden aus der ganzen Schweiz angereist sind. Drei von ihnen kommen gleich zu Beginn zu Wort. Sie betonen, dass sie mit den behördlichen Massnahmen nicht einverstanden seien und dass sie diese als widersprüchlich empfinden. Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass die Demonstrierenden "bunt" seien, also aus der Breite der Bevölkerung stammen. Der Beitrag macht auch transparent, dass von Seiten der Organisatoren niemand SRF ein Interview geben will. Der Beitrag macht auch transparent, dass die Zahl der Teilnehmenden sehr unterschiedlich geschätzt wird, mit der jeweiligen Quellenangabe. Gegen Schluss des Beitrages begründet der Sprecher der Kantonspolizei, weshalb diese die Auflage der Maskenpflicht nicht durchsetzen konnte. Der Beitrag spricht gar von einer Kundgebung "wie ein Volksfest".

Die Berichterstattung ist sachgerecht; von einer Diffamierung der Demonstrierenden kann keine Rede sein. Im Gegenteil – trotz Interviewverweigerung durch die Organisatoren kommen drei Teilnehmende zu Wort, die ihre Beweggründe im O-Ton darstellen können. Die geforderte Vielseitigkeit wird trotz Interview-Verweigerung seitens der Organisatoren eingehalten, indem drei Teilnehmende an der Demonstration im O-Ton ihre Beweggründe darlegen können.

Demonstration in Bern

Als Ergänzung zur Veranstaltung in Liestal wird kurz auf eine nicht-bewilligte Demonstration gegen die Corona-Massnahmen Bern hingewiesen, welche die Polizei mit einem Grossaufgebot verhinderte. Es wurden Personenkontrollen durchgeführt, wie dies bei nicht-bewilligten Veranstaltungen zur normalen Einsatzfähigkeit der Polizeikräfte gehört.

Anmoderation zum Interview mit Marko Kovic

Die Tagesschau berichtet über das Geschehen. Sie vermittelt aber auch Hintergrund und ergänzende Informationen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Das Interview mit Marko Kovic hat diese Funktion; es will zusätzlichen Kontext liefern und die reine Vor-Ort-Berichterstattung ergänzen.

Die Anmoderation zu diesem Interview wiederholt noch einmal gleich zu Beginn die Beweggründe für die Demonstrationen wie in Liestal: "Der Unmut über die Coronapolitik des Bundes mobilisiert. Aber wohl nicht nur der: Die Gründe weshalb Menschen an solchen Kundgebungen teilnehmen, sie sind ein bunter Strauss. Wie also setzt sich diese Bewegung zusammen? Das wollte die Tagesschau von Sozialwissenschaftler Marko Kovic wissen, der sich seit Jahren mit Verschwörungstheorien und Bewegungen befasst."

Florian Inhauser macht in der Moderation klar, dass es keine einfachen Erklärungen gibt. Er spricht von "einem bunten Strauss" an Gründen. Die Frage nach der Zusammensetzung dieser Bewegung gegen die Corona-Massnahmen ist gerechtfertigt – wer demonstriert da eigentlich?

Die Moderation macht auch klar, dass die interviewte Person, der selbständige Politik- und Kommunikationswissenschaftler Marko Kovic, mit einem Doktorabschluss der Universität Zürich, sich mit den Themen Verschwörungstheorien und Bewegungen befasst.

Interview mit Marko Kovic

Die erste Aussage ist klar und pauschalisiert nicht: "Das scheint eine ganz breite Palette zu sein." Es gebe eine Evidenz aus dem letzten Jahr, dass es einen Überhang zu rechtsextremen Einstellungen in der Politik gebe. "Aber doch von links bis rechts, ist alles dabei. Jung und Alt, Mann und Frau, Bildungshintergrund sehr gemischt, beruflicher Hintergrund gemischt, also wirklich ein Potpourri, eine heterogene Gruppe."

Die Demonstrierenden werden in der ersten Aussage des Sozialwissenschaftlers gerade nicht pauschalisiert; sie werden auch nicht als Anhänger einer Verschwörungstheorie in eine Ecke gestellt. Wenn der Beanstander darauf verweist, dass die Demonstrationsteilnehmer einen "Querschnitt der Bevölkerung" darstellten, so bestätigt die erste Aussage des Wissenschaftlers gerade diesen Befund. Es wird in der ganzen Berichterstattung nie das Gegenteil gesagt.

Marko Kovic analysiert Motive und Beweggründe für die Demonstrationen gegen die Corona-Massnahmen. Er verweist unter anderem auf die "übergeordnete Angst vor einer Diktatur". Dieser Hinweis ist durch die politische Diskussion über die behördlichen Massnahmen in der Schweiz sachlich gestützt. Der "Diktatur-Vorwurf" wird von Kritikern der behördlichen Massnahmen seit längerem vielfach verwendet. Marko Kovic spricht "von einem verschwörungstheoretischen Motiv", von der Angst, dass man nicht mehr sagen darf, was man denkt und glaubt".

Die Analyse von Marko Kovic ist beschreibend, nicht wertend oder gar abwertend. Er beschreibt "eine Wut und Sicht auf die Welt, die verschwörungstheoretisch aufgeladen ist". Auch dies ist eine deskriptive Analyse aus der Sicht des Wissenschaftlers. Es wird nicht behauptet, dass diese Demonstrationen "von rechtem Gedankengut geprägt" seien; es wird im Beitrag und im Interview mit dem Sozialwissenschaftler auch nicht behauptet, dass die Teilnehmenden an der Demonstration in Liestal die "Wissenschaft leugnen" würden.

Das Interview ist an keiner Stelle pauschalisierend. Es stellt berechtigte Fragen zu den Motiven und Beweggründen von Demonstrierenden gegen die behördlichen Massnahmen. Diese Fragen werden von einem anerkannten Sozialwissenschaftler differenziert beantwortet. Er verweist im Weiteren darauf, dass die Zahl der Demonstrierenden nichts aussage über die Breite der Bewegung. Es seien sehr viel mehr Menschen, welche mit dieser Kritik an den behördlichen Massnahmen sympathisierten. Für das Publikum sind die Ansichten von Marko Kovic immer als persönliche Einschätzung zu erkennen. Sie sind zudem – wie ausführlich dargelegt – nie abwertend, sondern sehr deskriptiv gehalten.

Rechtfertigung der Massnahmen

Der Beanstander wartet "bis heute auf wissenschaftliche Belege oder evidenzbasierte Daten, die die Massnahmen rechtfertigten". Er stellt damit die ganze Pandemie-Politik in Frage. Dazu ist erstens Folgendes festzuhalten, dass eine tagesaktuelle Berichterstattung über die Demonstration gegen die behördlichen Corona-Massnahmen nicht der Ort ist, um die gesamte Pandemie-Politik des Bundes und der Kantone zu diskutieren. Zum zweiten berichtet SRF kontinuierlich und auch kritisch über die Corona-Politik der Behörden. Wir verweisen nicht auf einzelne Sendungen und Beiträge, sondern auf die umfassende Rubrik auf der Homepage von SRF.

<https://www.srf.ch/news/coronavirus>

Wir verweisen im Weiteren auf die Richtwerte des Bundes für Öffnungsschritte oder Lockdown-Massnahmen; diese sind von Wissenschaftlern erarbeitet worden und für die ganze Bevölkerung immer transparent kommuniziert worden.

<https://www.srf.ch/news/schweiz/corona-richtwerte-des-bundes-die-chancen-stehen-schlecht-fuer-neue-lockerungen>

Fazit

Die breite Berichterstattung zur Demonstration in Liestal und das ergänzende Interview mit dem Sozialwissenschaftler in der Tagesschau vom 20. März sind als Ganzes zu sehen. Das Anliegen der Demonstrierenden wird sachlich dargelegt und mit den Bildern einer friedlichen Manifestation verdeutlicht. Das ergänzende Interview zu den Motiven und Beweggründen pauschalisiert und diffamiert an keiner Stelle.

Die Redaktion kann aus den dargelegten Gründen die Ansicht des Beanstanders, die Berichterstattung sei "durchgehend kritisch und negativ", nicht teilen.

10 vor 10 vom 25. März

<https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/10-vor-10-vom-25-03-2021?urn=urn:srf:video:c822bcf9-fb5c-444e-85c3-429c10359f46>

Der Beanstander kritisiert, dass zum Hashtag No Liestal "sofort und zigfach wohlwollend" berichtet werde. Ein tagesaktuelles News-Magazin ist der Aktualität verpflichtet, beleuchtet Hintergründe und stellt Fragen nach den Auswirkungen. Genau das legt Arthur Honegger in der Anmoderation offen.

«Seit heute Morgen geht ein neuer Hashtag um in der Online-Schweiz: #NoLiestal. "Kreiert" hat ihn der Satiriker und Entertainer Nils Althaus zusammen mit der Polit-Aktivistin Lea Kusano, als Symbol für alle, die (Zitat) "vernünftig bleiben" wollen in der Pandemie und sich gegen Demonstrationen wie eben jene in Liestal stellen.»

Die Tagesaktualität wird gleich zu Beginn transparent gemacht; die Tagesaktualität ist das Brot des News-Journalismus. Im Weiteren nennt Arthur Honegger die beiden Personen, welche den Hashtag initiiert haben und bleibt in der richtigen journalistischen Distanz, indem er die Hauptbotschaft des Hashtags, "vernünftig bleiben" mit dem Wort "Zitat" einbettet.

<https://twitter.com/NilsAlthaus/status/1373562717928312834?s=20> (Sonntag Morgen)

<https://twitter.com/LeaKusano/status/1374973046478548992?s=20> (Donnerstag früh)

<https://twitter.com/NilsAlthaus/status/1374975082833977347?s=20> (Donnerstag früh)

<https://twitter.com/campaxorg/status/1374984334365622272?s=20> (Donnerstag am Tag)

Dass Nils Althaus als erster den Hashtag #NoLiestal vorgeschlagen hat, ist belegt. Ebenso wie die Tatsache, dass Lea Kusano am betreffenden Donnerstag 25. März als erste ein entsprechendes Video auf Twitter gepostet hat. Die Formulierung, wonach die beiden #NoLiestal «kreiert» haben, trifft den Sachverhalt darum genau. Wer sie dabei (professionell oder privat) wie genau unterstützt hat oder später auf den Zug aufgesprungen ist, lässt sich nicht exakt rekonstruieren und ist für die Berichterstattung auch nicht von Bedeutung. Fakt ist, dass der Hashtag bis am Donnerstagabend allein auf Twitter über 30'000 mal erwähnt wurde, was für die Schweiz aussergewöhnlich häufig ist.

Video-Bericht

Der Beitrag geht auf die Initianten des Hashtags ein; sie sagen im O-Ton, welches ihr Anliegen ist. Genau so hat die Tagesschau am Samstag 20. März drei Teilnehmende der Demonstration in Liestal im O-Ton zu Wort kommen lassen. Dies entspricht dem journalistischen Grundsatz, die wesentlichen Inhalte der Botschaften dem Publikum originalgetreu zu präsentieren. So kann sich dieses eine eigene Meinung bilden. Der Rückblick auf die Demonstration in Liestal leitet inhaltlich logisch zur nächsten Tagesaktualität in diesem Zusammenhang über, nämlich zum Demonstrationsverbot, das der Regierungsrat des Kantons Uri für die geplante Manifestation vom 10. April ausgesprochen hat. Neben dem zuständigen Sicherheitsdirektor des Kantons Uri kommt auch der Sprecher des Aktionsbündnis Urkantone, das die Demonstration organisieren wollte, zu Wort. Der Bericht ist völlig sachlich gehalten, und im Zusammenhang mit dem Entscheid der Urner Regierung können beide Seiten ihre Sicht darlegen.

Gespräch mit Andreas Ladner

Im Studiogespräch mit Professor Andreas Ladner von der Universität Lausanne wird das konkrete Verbot von Demonstrationen sowie die grundsätzliche Demonstrationsfreiheit in einer Demokratie vertieft diskutiert. Im Weiteren analysiert Professor Andreas Ladner das Phänomen der Verlegung politischer Diskussionen und Prozesse ins Internet, wie dies mit dem Hashtag No Liestal aktuell geschieht.

Fazit

Die Berichterstattung der Sendung 10 vor 10 vom 25. März geht von einer zweifachen Aktualität aus – vom an diesem Tag lancierten Hashtag No Liestal und dem Verbot der Urner Behörden für eine geplante Demonstration am 10. April. Die Information über den Hashtag No Liestal ist sachbezogen; in der Berichterstattung über das Verbot kommen beide Seiten zu Wort.

Generelle Bemerkungen

Der Beanstander schreibt, dass in den Berichten "ebenfalls Verschwörungstheorien" verbreitet würden, ohne diese kritisch zu hinterfragen. Natürlich seien "Schlagwörter wie braunes Gedankengut und Verschwörungstheorie ein gefundenes Fressen für die hörigen Staatspropagandisten des SRF".

In beiden Sendungen finden sich keine Anhaltspunkte oder Aussagen, die die Behauptung des Beanstanders bestätigen würden. Wir können deshalb auf diese Pauschalverdächtigungen nicht weiter eingehen.

Der Beanstander verwendet mehrmals den Ausdruck "höriger Staatspropagandist". Wir weisen diese Diffamierung der Journalistinnen und Journalisten in aller Form zurück. Die Berichterstattung zu Liestal am 20. März (Tagesschau) und am 25. März (10 vor 10) war sachgerecht und transparent. Alle beteiligten Seiten kamen zu Wort.

Die Ombudsstelle hat sich den Beitrag ebenfalls genau angeschaut und sich mit Ihrer Kritik befasst.

Die Tagesschau vom 20. März 2021 berichtet mit einem Beitrag über die bewilligte Demonstration in Liestal, streift mit einem zweiten die unbewilligte in Bern und vertieft anschliessend die allgemeine Zunahme an Demonstrationen gegen die Massnahmen des Bundes in einem Interview mit dem Sozialwissenschaftler Marko Kovic. Beziehen sich die Beiträge über «Liestal» und «Bern» auf konkrete Ereignisse des Tages, so trifft dies für das Interview nicht zu. Darin nimmt die «Tagesschau» die Demonstrationen vom Tag zum Anlass um über «die Bewegung» zu sprechen, und meint damit die verschiedenen manifesten Proteste der letzten Wochen und Monate gegen die Covid-Massnahmen des Bundes; die Demonstrierenden in Liestal und Bern sind «nur» mitgemeint. Diese Absicht kommt in der Anmoderation zum Interview mit Worten wie «an solchen Kundgebungen» zum Ausdruck:

«Der Unmut über die Coronapolitik des Bundes mobilisiert. Aber wohl nicht nur der: Die Gründe weshalb Menschen an solchen Kundgebungen teilnehmen, sie sind ein bunter Strauss. Wie also setzt sich diese Bewegung zusammen? Das wollte die Tagesschau vom Sozialwissenschaftler Marko Kovic wissen, der sich seit Jahren mit Verschwörungstheorien und Bewegungen befasst.»

Wird das Interview irrtümlicherweise 1:1 und ausschliesslich als Gespräch über die Demonstration in Liestal betrachtet, sind Verknüpfungen wie «die Demoteilnehmer werden in die rechte Verschwörungstheoretiker-Ecke gestellt» zwar nachvollziehbar, aber aus obigem Grund falsch.

Dass die «Tagesschau» und Marko Kovic mit «diese Bewegung» die Zeit seit Beginn der Pandemie verbinden, machen verschiedene Fragen und Antworten deutlich:

Moderator: «Wie also setzt sich diese Bewegung zusammen? Das wollte die Tagesschau vom Sozialwissenschaftler Marko Kovic wissen, der sich seit Jahren mit Verschwörungstheorien und Bewegungen befasst.»

Kovic: «Das scheint eine ganze breite Palette zu sein. Es gibt Evidenz aus dem letzten Jahr, dass es einen leichten Überhang gibt zu rechtsnationalen Einstellungen, was die Politik angeht. Aber doch von links bis rechts ist alles dabei. Jung und Alt, Mann und Frau, Bildungshintergrund sehr gemischt, beruflicher Hintergrund gemischt. Also wirklich ein Potpourri, eine heterogene Gruppe.

Moderator: «Was ausserhalb der Kritik gegen die Corona Massnahmen verbindet denn diese Leute?»

Kovic: «Die Corona-Massnahmen sind eigentlich fast sekundär. Es geht jetzt mehr um die übergeordnete Angst vor einer «Diktatur», die kommt, dieses verschwörungstheoretische Motiv. Es geht um die Angst, dass man nicht mehr sagen darf, was man denkt und glaubt [...].»

Moderator: «Vor ein paar Wochen sind schon mehrere tausend Leute auf die Strasse gegangen, heute sind es wieder rund fünftausend. Wie ist die Grösse und die Schlagkraft dieser Gruppierungen einzuschätzen?»

Kovic: «Man könnte jetzt sagen ein paar tausend Leute auf acht Millionen in der Schweiz ist nicht so viel, aber die paar tausend, die man auf der Strasse sieht, das ist die Spitze des Eisbergs. Und darunter ist ein Teil, der versteckt ist. Sehr viel mehr Menschen, die auch mit dieser Sicht der Dinge sympathisieren. Und das dürfte nicht unerheblich sein.»

Der Beanstander moniert, es fehle ein Interviewpartner der anderen Meinung. Marko Kovic vertritt nicht EINE Meinung, sondern nimmt für die «Tagesschau» eine Einschätzung der aktuellen Situation, «der Bewegung» vor.

Die Beiträge beurteilen wir - wie oben beschrieben - nicht als pauschale Verurteilung, sondern als differenzierte Betrachtung und Analyse. Die Kombination der Beiträge ist inhaltlich begründet, wobei sich das Interview nicht ausschliesslich auf die Demonstration in Liestal bezieht.

Weiter vertritt der Beanstander die Meinung, in den Beiträgen werde behauptet, dass diese Demos von rechtem Gedankengut geprägt seien. Marko Kovic sagt u.a.: «Es gibt eine Evidenz aus dem letzten Jahr, dass es einen Überhang zu rechtsnationalen Einstellungen in der Politik gebe. Aber es ist von links bis rechts alles dabei, Jung und Alt, Mann und Frau [...] eine heterogene Gruppe.» Wie der Beanstander zu seinem Schluss kommt, lässt er offen.

Die generellen Bemerkungen der Redaktion am Schluss der Stellungnahme teilen wir und weisen die Diffamierung der Journalistinnen und Journalisten von SRF durch den Beanstander ebenfalls in aller Form zurück.

Aufgrund der oben dargelegten Betrachtung können wir keinen Verstoss gegen Art.4 des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG feststellen.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ombudsstelle SRG.D